

Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983

Ursula Feist, Diplom-Psychologin, Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas, Bonn-Bad Godesberg. Forschungsschwerpunkte: Interdependenzen von politischem Verhalten und Medien, Parteiliten.

Dr. Hubert Krieger, geb. 1951, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Wahlforschung bei infas, Bonn-Bad Godesberg. Forschungsschwerpunkte: Arbeitsmarkttheorie und -politik, Probleme der italienischen Gewerkschaften.

Pavel Uttitz, geb. 1953, Diplom-Volkswirt, sozialwissenschaftliche Richtung. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität Köln. Forschungsschwerpunkte: Wahlforschung und Freizeitforschung.

Die Bundestagswahl vom 6. März 1983 markiert den Übergang in die dritte Phase deutscher Innenpolitik. Der Wechsel hatte sich nicht zuletzt in den kontroversen Diskussionen um die Haushaltsoperationen '82 und '83 abgezeichnet; ein unmißverständliches Signal hatte der FDP-Vorsitzende Genscher schon mit seiner Forderung nach einer politischen Wende im Sommer 1981 gegeben. Bei einem Zweitstimmenanteil von 48,8 Prozent und einem Erststimmenanteil von 52,2 Prozent für die Unionsparteien wurde der Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982 endgültig legitimiert, ein eindrucksvoller Wahlsieg. Wäre das Stimmensplitting zwischen der CDU/CSU und den Liberalen nicht so außergewöhnlich hoch gewesen, dann hätten die von Helmut Kohl geführten Unionsparteien möglicherweise sogar das Traumergebnis von Konrad Adenauer (50,2 Prozent) aus dem Jahre 1957 übertreffen können.¹

Der zweite Machtwechsel innerhalb von 30 Jahren war auf der individuellen Ebene mit ungewöhnlich großen Wählerverschiebungen verbunden. Der „Swing“ lag 1983 bei 8,4 Prozentpunkten und war damit noch größer als beim ersten Machtwechsel im Jahre 1969 (7,7 Prozentpunkte). Diese hohe Zahl läßt einen besonderen Entscheidungsdruck bei vielen Wählern vermuten, der sich aus dem spezifischen Charakter der Wahl erklärt: vorgezogene Neuwahl, besondere Problemhäufung zu Beginn des Jahres 1983 (2,5 Millionen Arbeitslose, die anstehende NATO-Nachrüstungsentscheidung und das hohe öffentliche Interesse am Umweltschutz) und ein qualitativ verändertes Politikangebot. Auf der einen Seite die Politik der „geistig-moralischen Wende“ als Gegenreformation zur Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition und auf der anderen Seite eine Neufassung von sozialdemokratischen Positionen, die, falls es zu einer Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen gekommen wäre, eine Wende in der Sicherheits-, Umwelt- und Energiepolitik hätte zur Folge haben können.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die erheblichen Stimmverschiebungen und das überdurchschnittliche Ausmaß von individuellen Wanderungen zwischen den einzelnen Parteien zu erklären ist.² Nach dieser

1 Ähnlich urteilt auch Werner Kaltefleiter, der das wirkliche Potential der CDU/CSU am 6. März bei etwa 53 Prozent festmacht: Vgl. Kaltefleiter, Werner: „Eine kritische Wahl, Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983“, in: aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 14/1983, S. 3 ff.

2 Das Ausmaß der individuellen Wanderungen ist ausführlich dargestellt in der infas-Wahlanalyse. Vgl. infas: „Politogramm, infas-Report: Bundestagswahl 1983 - Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983, Analysen und Dokumente“, Bonn-Bad Godesberg 1983.

Analyse hat die Arbeiterschaft bei der Bundestagswahl 1983 eine zentrale Rolle gespielt. Analytiker der Bundestagswahl sind sich weitgehend einig, daß sich die Bindung der Arbeiterschaft an die SPD gelockert hat. Aufgrunddessen haben die Sozialdemokraten bei den Arbeitern Verluste erlitten, die weitestgehend der Union zugute gekommen sind.³

Im Hinblick auf drei zentrale Fragen bestehen allerdings unterschiedliche Einschätzungen in den Wahlanalysen:

- Hat die SPD bei den Arbeitern im gleichen Maße Stimmen verloren wie bei anderen Bevölkerungsgruppen, oder ist bei den Arbeitern ein überproportionaler Stimmverlust zu beobachten?
- Verteilen sich die Verluste der SPD gleichmäßig über die gesamte Arbeiterschaft? Sind in erster Linie jene Randgruppen aus der Arbeiterschaft abgewandert, bei denen kein geschlossenes Arbeitermilieu und eine geringe Bindung an die Gewerkschaften vorlag oder war es vielmehr die gewerkschaftlich organisierte Kernarbeiterschaft in den Großbetrieben?
- Wie können die Verluste der SPD bei den Arbeitern erklärt werden? Deuten die Gewinne der CDU/CSU in dieser Wählergruppe auf eine Neuformierung der bundesdeutschen Wählerschaft hin, oder handelt es sich um eine labile Wählerkoalition der Hoffnung, die, ernüchtert von der wirtschaftlichen Realität, so schnell auseinanderbricht, wie sie entstanden ist?

Das Abschneiden der SPD in den verschiedenen Berufsgruppen: ein Rückblick

Der Rückfall der SPD auf das Niveau Anfang der sechziger Jahre löste in den Parteigremien der Sozialdemokratie große Betroffenheit aus, mehr aber noch die Struktur der Verluste. Am Tag nach der Wahl hatte infas in seiner Wahlanalyse für die Deutsche Presseagentur festgestellt: „In den Hochburgen der SPD, vor allem in evangelischen Wahlkreisen sowie in Industriegebieten mit hohem Arbeiteranteil, hat sich besonders viel bewegt. Hier war der Zulauf auch von sozialdemokratischen Stammwählern zur CDU, aber auch die Rückwanderung von FDP-Wählern zur SPD stärker als anderswo.“⁴

Demgegenüber war die Forschungsgruppe Wahlen zu folgender Wertung gekommen: „Die größten Verschiebungen haben sich dabei im Mittelstand er-

³ Zu diesem Ergebnis kommt auch Horst Becker und die Wahlanalyse des SPD-Parteivorstands. Vgl. Becker, Horst, „Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl - Einige nüchterne Informationen zu einer leidenschaftlichen Diskussion“, in: SM, Sozialdemokrat Magazin, 4/1983, S 12 f. und SPD-Parteivorstand, „Analyse und Konsequenzen der Bundestagswahl 1983“, Bonn, 1983, S. III/5.

⁴ Vgl. infas-Wahlanalyse für dpa, vom 7. März 1983, S. 2. Die in der Presse genannte Zahl von 1,6 Millionen Arbeiterwählern, die die SPD an die CDU/CSU verloren haben soll, beruht nicht auf der infas-Wahlanalyse.

geben, bei den kleinen und mittleren Angestellten und Beamten, bei den Wählern mit mittlerer und höherer Schulbildung, bei den Wählern mit geringer Bindung an die SPD. Bei den Arbeitern dagegen, insbesondere bei den einfachen Arbeitern, hat die SPD eher weniger Verluste und bei den Facharbeitern in etwa durchschnittliche Verluste".⁵

Läßt sich dieser Widerspruch aufhellen? Dieser Frage soll auf der Basis von Zeitreihen (Umfragedaten), die bis 1949 zurückreichen, nachgegangen werden. Dabei werden die Wählerrends für die beiden großen Parteien in den verschiedenen Berufsgruppen betrachtet. Um die Struktur der Veränderung näher zu erforschen, haben wir außerdem die Zeiträume zwischen 1965 und 1983 bzw. 1976 und 1983 intensiver analysiert.⁶

Die Sozialdemokraten haben 1983 lediglich bei den Arbeitern einen Vorsprung von 14 Prozentpunkten gegenüber der Union; in allen übrigen Berufsgruppen liegt die CDU/CSU vorne (siehe Tabelle 1). Dies gilt traditionsgemäß für Selbständige sowie für Landwirte, 1983 aber auch für Angestellte und Beamte.

Tabelle 1:

Bundestagswahlabsicht nach Sozialstruktur (Differenz SPD – CDU/CSU)*)										
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Arbeiter	+24	+12	+13	+16	+17	+29	+36	+23	+32	+14
Angestellte und Beamte	-21	-36	-39	-15	- 6	+ 8	+13	- 5	+13	- 4
Selbständige	-30	-44	-57	-44	-45	-52	-42	-68	-50	-62
Landwirte	-31	-56	-58	-66	-60	-78	-61	-87	-68	-73

*) Der Anteil der Meinungslosen wurde proportional umgerechnet.
Quellen: Repräsentativerhebungen des Instituts für Demoskopie Allensbach für 1949 bis 1957, zitiert nach Erwin Faul (Hrsg.): „Wahlen und Wähler in Westdeutschland“, Villingen 1960 sowie infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1965 bis 1983, jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5000 bis 6000 Fälle, 1961 Nachwahlbefragung, 3013 Fälle, Random-Auswahl.

5 Forschungsgruppe Wahlen: „Bundestagswahl 1983 - Eine Analyse der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983“, Bericht Nr. 32, Mannheim 1983, S. 37.

6 Wir beschränken unsere Analyse auf Individualdaten, da ökologische Analysen, d. h. Analysen, die auf der Basis von Wahlkreisergebnissen vorgenommen werden, sich auf veraltete Strukturdaten der Volkszählung 1970 beziehen und somit erhebliche Ungenauigkeiten aufweisen. Darüber hinaus haben wir eine längere Zeitperspektive gewählt, weil wir es im Unterschied zu den Analysen der Forschungsgruppe Wahlen und des SPD-Parteivorstands nicht für sinnvoll halten, das Wahlergebnis 1983 unter der genannten Fragestellung an dem atypischen Resultat von 1980 zu messen, da es der CDU/CSU nicht gelang mit dem Kandidaten Strauß ihr Wählerpotential voll auszuschöpfen.

Im Vergleich zu dem atypischen Ergebnis von 1980, das durch die Konstellation Schmidt/Strauß geprägt war, hat die SPD in allen Berufsgruppen an Rückhalt verloren. Dabei sind die Verluste etwa gleich stark bei Arbeitern (-18 Punkte) und bei Angestellten/Beamten (-17). Insofern ist der Forschungsgruppe Wahlen mit ihrer Analyse zuzustimmen: Die SPD hat gegenüber 1980 keine überproportionalen Verluste bei den Arbeitern. Andererseits ist damit aber die von der Forschungsgruppe Wahlen vermutete überproportionale Mittelschichtabwanderung nicht nachzuweisen.

Um den Stellenwert des Wahlausgangs von 1983 richtig einordnen zu können, ist ein Vergleich mit der Bundestagswahl 1976 angebracht. Während sich bei allen anderen Gruppen 1983 ungefähr das Ergebnis von 1976 wieder eingestellt hat, fällt die SPD im Arbeiterbereich unter das Niveau von 1976 zurück. Damit ist der Rückhalt der SPD in der Arbeiterschaft etwa so stark wie in den fünfziger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre. Bei den Mittelschichten hatte die SPD bereits 1976 entscheidende Verluste hinnehmen müssen; sie fiel in dieser Wählerschicht damals schon auf das Niveau von 1965 zurück. In der langfristigen Perspektive verlor die SPD also in Etappen: zunächst bei den Mittelschichten, dann auch in der Arbeiterschaft. Mit dem Rückschlag in ihrer traditionellen Wählerbasis waren die Voraussetzungen für den Machtwechsel erfüllt.

Im Kern oder am Rand: Wo veränderte sich am meisten in der Arbeiterschaft?

Um einen weiteren strittigen Punkt aufzugreifen, soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, wo sich in der Arbeiterschaft die SPD-Verluste konzentrierten. Horst Becker vermutet in seiner Kurzanalyse, unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise seien insbesondere die weniger qualifizierten und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von der SPD zur CDU/CSU abgewandert. Läßt sich dies empirisch nachweisen? Wir haben im folgenden die Entwicklung der Wahlabsichten von Arbeitern im Hinblick auf Religion, Betriebsgröße, Qualifikation sowie Gewerkschaftszugehörigkeit untersucht. Als Zeitperiode wurden die Wahlen von 1965 bis 1983 herangezogen (s. Tab. 2).⁷

Traditionsgemäß stehen Arbeiter mit Bindung an die katholische Kirche eher der Union nahe, evangelische Arbeiter sind eher sozialdemokratisch orientiert. Die SPD konnte nur in den Jahren 1972 und 1980, d. h. bei Wahlen mit besonderer Emotionalisierung (Ostpolitik bzw. Anti-Strauß), auch unter den katholischen Arbeitern eine Mehrheit für sich gewinnen. Bei allen übrigen Wahlen, einschließlich der März-Wahl 1983, behielt die Union die Nase knapp

⁷ Die Zahlen in dieser Tabelle liegen für die Gesamtheit der Arbeiterschaft etwas niedriger als in Tabelle 1, da hier der Anteil an Meinungslosen bzw. Antwortverweigern nicht herausgerechnet wurde.

Tabelle 2:

Bundestagswahlabsicht bei Arbeitern (Differenz SPD – CDU/CSU*)						
	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Arbeiter insgesamt	+15	+22	+29	+19	+26	+11
<u>Betriebsgröße</u>						
Klein	+ 6	+16	+23	+15	+19	+ 5
Mittel	+16	+23	+29	+28	+29	+10
Groß	+26	+34	+40	+19	+31	+24
<u>Religion</u>						
Katholisch	- 4	- 3	+11	-10	+ 7	- 3
Evangelisch	+31	+47	+44	+44	+42	+22
<u>Qualifikation</u>						
Facharbeiter	+18	+29	+30	+21	+31	+12
Un- und Angelernte	+13	+12	+27	+17	+19	+ 6
*) Nur explizite Nennungen bei der Wahlabsicht werden hierbei berücksichtigt. Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5000 bis 6000 Fälle, Random-Auswahl						

vorn. Bei den evangelischen Arbeitern hatte die SPD seit 1969 eine deutliche Mehrheit (zwischen 47 und 42 Prozentpunkten). Im März 1983 schmälerte sich ihr Vorsprung vor der CDU/CSU auf 22 Prozentpunkte, ein Ergebnis, das sogar deutlicher unter dem des Jahres 1965 liegt. Die Einbußen unter protestantischen Arbeitern waren im Vergleich zu 1980 doppelt so hoch wie im katholischen Arbeiterbereich. Gegenüber 1976 hat die SPD im katholischen Bereich sogar leicht zugenommen, während sich der SPD-Vorsprung unter evangelischen Arbeitern halbiert hat. Insofern greift die Wahlanalyse des Parteivorstands der SPD zu kurz. Die dort konstatierte „empfindliche Orientierungslücke“ ist sicherlich nicht nur eine des „rechtsliberalen Bürgertums“ im Protestantismus.

Die Betriebsgröße spielt eine bedeutende Rolle für die Verankerung der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft. Je größer der Betrieb, desto stärker ist die organisierte Interessenvertretung der Arbeiter. In Großbetrieben sind deshalb in der Regel mehr SPD-Sympathisanten als in kleinen und mittleren Betrieben zu finden. Diese Struktur blieb auch 1983 erhalten. Dennoch ist die Dynamik der Entwicklung zwischen 1972 und 1983 beachtenswert: In Großbetrieben gab es bereits 1976 erhebliche Einbußen für die SPD. Die Arbeiter in Mit-

tel- und Kleinbetrieben folgten diesem Trend erst 1983. Also auch hier eine Abwanderung in Etappen.

Unter dem Gesichtspunkt der beruflichen Qualifikation waren traditionsgemäß Facharbeiter dem SPD-Milieu etwas stärker verbunden als die an- und ungelerten Arbeiter. Drastisch ist der Einbruch bei den Facharbeitern 1983. Der Vorsprung der SPD vor der CDU/CSU nahm gegenüber 1980 um 19 Prozentpunkte ab und erreichte den absoluten Tiefpunkt, der noch um 6 Prozentpunkte hinter dem Ergebnis des Jahres 1965 liegt. Der Rückgang bei den an- und ungelerten Arbeitern ist ebenfalls beträchtlich mit dem Ergebnis, daß der SPD-Vorsprung dort heute auch nur noch 6 Punkte beträgt, im ganzen auch ein Rückfall hinter die Positionen von 1965.

Veränderung der politischen Bindungen im Gewerkschaftsbereich

Im Gewerkschaftsmilieu hat es 1983 im Vergleich zu 1980 unter Arbeitern und Angestellten/Beamten (vgl. Tabelle 3) etwa gleich große Einbußen für die SPD gegeben. Langfristig ist aber auch speziell unter Gewerkschaftsmitgliedern ein Erosionsprozeß in Etappen zu beobachten. Während die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihrer Gesamtheit bis 1980 verhältnismäßig stabil von der SPD gebunden werden konnten und der Einbruch erst 1983 eintrat, haben sich organisierte Arbeiter in Großbetrieben in zwei Etappen von der SPD abgewendet, erstmals 1976 und in einem zweiten Schub 1983.

Ein ähnlicher Prozeß vollzog sich bei etwas geringerem SPD-Vorsprung unter den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten, mit dem Unterschied, daß hier 1980 die SPD noch einmal fast so viel Sympathien mobilisieren konnte wie 1972.

Tabelle 3:

Bundestagswahlabsicht bei Gewerkschaftsmitgliedern (Differenz SPD – CDU/CSU)*						
	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Gewerkschaftsmitglieder insges.	+23	+32	+38	+30	+33	+19
Angestellte und Beamte	+16	+12	+33	+20	+29	+16
Arbeiter	+19	+41	+44	+38	+37	+22
Arbeiter in Großbetrieben	+29	+38	+54	+26	+39	+25
*) Nur explizite Nennungen bei der Wahlabsicht werden hierbei berücksichtigt. Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5000 bis 6000 Fälle, Random-Auswahl						

Nicht zuletzt wegen der Sparbeschlüsse des Kabinetts Schmidt/Genscher verweigerten offenbar im Laufe des Jahres 1982 mehr und mehr Gewerkschaftsmitglieder der SPD die Gefolgschaft. Der Vorsprung der Sozialdemokraten vor der Union schrumpfte in der Folge auf wenige Prozentpunkte. Erst der Bruch der Koalition und der Regierungswechsel solidarisierte die Gewerkschaftsmitglieder wieder mit der SPD, erreichte aber bei der Wahl 1983 nicht mehr das Niveau der siebziger, kaum das der sechziger Jahre. In diesem Zusammenhang konstatiert die SPD-Wahlanalyse eine „... Zurückhaltung von Gewerkschaftskollegen der mittleren Ebene gegenüber dem offensiven Vertreten sozialdemokratischer Positionen: ... hier wirkten Enttäuschung aus den Jahren 81/82 nach“.⁸

Es stellt sich die Frage, inwieweit dieser Prozeß nur durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Beschlüsse der SPD-geführten Bundesregierung ausgelöst worden ist oder in welchem Umfang die Bindungskraft der gewerkschaftlichen Organisationen auch durch eine Krise der gewerkschaftlichen Institutionen geschwächt wurde. Anzeichen einer Kooperationskrise zwischen SPD und Gewerkschaften wurden bereits im Herbst 1981 erkennbar, als es in Stuttgart und Hannover zu gewerkschaftlich organisierten Großdemonstrationen gegen die Haushaltsoperation 1982 kam. Die durch den „Neue Heimat-Skandal“ geschwächte Legitimation der Gewerkschaften tat ein übriges. Wie groß die Sensibilität der Wähler ist, zeigte sich bereits bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Juni 1982. Für 47 Prozent spielte das Thema bei der Wahlentscheidung eine Rolle, 53 Prozent vermuteten Auswirkungen des Skandals auch auf die SPD. Unter den SPD-Anhängern teilten immerhin 45 Prozent diese Auffassung.⁹

Alles in allem läßt sich somit feststellen: Weder ein hoher Organisationsgrad noch die Facharbeiterqualifikation haben 1983 als Puffer gegen Stimmenverluste der SPD gedient. Der Hinweis auf geringere Verluste im Ruhrgebiet steht zu diesem Ergebnis nicht im Widerspruch, da die SPD-Rückschläge hier durch starke Zuwanderungen aus dem FDP-Lager in ihrem vollen Ausmaß verdeckt wurden.

Der Vertrauensverlust der Sozialdemokraten in der Beschäftigungspolitik

Eine weitere Erklärung für den Vertrauensverlust der SPD unter Arbeitern resultiert aus der Dramaturgie des Wahlkampfes 1983. Für den Wahlausgang und damit für den Erfolg der Unionsparteien bei dieser Bundestagswahl war ei-

⁸ Vgl. SPD-Parteivorstand, a. a. O., Seite 11/19.

⁹ Siehe infas: „Politogramm, infas-Report: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 6. Juni 1983, Analysen und Dokumente“, Bonn-Bad Godesberg 1982, Seite 82 und 84.

nes entscheidend: Die Wähler glaubten, selbst im Lager der SPD und dort nur mit geringer Zeitverzögerung, an das Aufschwungversprechen der Bundesregierung. Mit dem Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition und dem Regierungswechsel im September/Oktober 1982 hatte eine Trendwende bei den Wirtschaftserwartungen eingesetzt. Betrug der Index der Wirtschaftserwartungen im September 1982 noch - 32 (Anteil der Optimisten minus Anteil der Pessimisten), so hielten sich im Februar 1983 Optimisten und Pessimisten ungefähr die Waage (Index: - 3). Am stärksten erfaßte dieser Meinungsumschwung die CDU/CSU-Anhänger. Doch auch bei den SPD-Anhängern keimte nach dem Regierungswechsel die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Wende. Hier stieg der Index von - 43 (Oktober 1982) auf - 12 im Februar 1983.

Parallel hierzu verlief die Entwicklung bei den SPD-Anhängern im Arbeiterbereich. Im Februar 1983 wurde ein Indexwert von - 13 erreicht. Das Aufschwungversprechen der Unionsparteien hatte auch und gerade im geschlossenen Arbeitermilieu seine Wirkung nicht verfehlt. Ein solcher Umschwung konnte nur durch die von den Wählern vermutete höhere Kompetenz der CDU/CSU in der Beschäftigungspolitik möglich sein.

Nach 16jähriger Regierungsbeteiligung hatten die Sozialdemokraten ihren traditionellen Kompetenzvorsprung in diesem Bereich verloren. Diese Auffassung teilten offensichtlich auch viele Arbeiter. Ende Februar 1983 trauten 38 Prozent der Arbeiter der Union am ehesten eine Lösung der Arbeitsmarktprobleme zu; auf die Sozialdemokraten entfielen 32 Prozent der Nennungen. Jeder fünfte Arbeiter sah bei keiner der Parteien die Fähigkeit, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen war allerdings der Kompetenzvorsprung der Unionsparteien bei den Facharbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern am geringsten.

Der Kompetenzverlust der Sozialdemokraten als „Partei“ konnte durch die Person von Hans-Jochen Vogel nicht ausgeglichen werden. Bei einem Kompetenzvergleich Kohl - Vogel im Bereich der Beschäftigungspolitik hatte der Bundeskanzler bei den Arbeitern einen Vorsprung von 44 zu 39 Prozent. Innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen mobilisierten Kohl und Vogel unterschiedliche Vertrauenspotentiale. Hans-Jochen Vogel stabilisierte eher den Kernbereich der sozialdemokratisch-orientierten Arbeiterschaft (Facharbeiter/Gewerkschaftsmitglieder). Demgegenüber gewann der Bundeskanzler insbesondere bei den Angelernten und Ungelernten sowie bei den Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern an Vertrauen.

Das „Prinzip Hoffnung“ beherrschte somit den Augenblick - bei allen Wählergruppen, auch bei den Arbeitern. Der Kompetenzverlust der Sozialde-

mokraten in angestammten Bereichen der Interessenvertretung einerseits, in Verbindung mit dem Aufschwungversprechen der CDU/CSU andererseits, erklären die unmittelbare Dynamik der Wahlentscheidung vom März 1983. Es stellt sich dennoch die Frage, ob die Vertrauensverluste im Gewerkschaftsbereich und dieser eher an der Wahlsituation selbst orientierte Erklärungsansatz ausreichen, die strukturellen Veränderungen im Wahlverhalten der Arbeiter, die sich schon kurz nach der Bundestagswahl 1972 abzeichneten, zu erklären.

Die Auswirkungen der Arbeitsmarktsegmentation auf das politische Verhalten der Arbeiter

Eine eher strukturelle Erklärung der nachlassenden Bindungsfähigkeit der Sozialdemokraten gegenüber bestimmten Wählerschichten im Arbeiterbereich liefert möglicherweise die Segmentationsforschung.¹⁰ Neuere industriesoziologische Ergebnisse zum politischen und gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiter in der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre deuten daraufhin, daß es in weiten Teilen der Arbeiterschaft kein einheitliches, von der Arbeiterbewegung dominiertes Interpretationsmuster für die aktuelle ökonomische und politische Krise in der Bundesrepublik gibt.¹¹ Diese ideologische Mangelsituation bietet ein ideales Einfallstor für konservative und extreme Interpretationsmuster von links wie von rechts.

Die Grundargumentation auf der Basis der Segmentationsforschung lautet: Die Kombination von zyklischen und strukturellen Effekten in der gegenwärtigen Krise hat ein solches Ausmaß erreicht, daß nun auch die Stammarbeiterschaft erfaßt worden ist. Die subjektive Verunsicherung ist bei dieser Gruppe aufgrund ihrer bisher geringen Arbeitslosigkeit, ihrer hohen materiellen Erwartungshaltung und ihrer starken ideologischen Einbindung in die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, die von einer Regulierbarkeit der Wirtschaft durch die Politik ausgegangen ist, besonders groß. Die Konsequenz könnte eine zunehmende Entfremdung zwischen SPD und Stammebelegschaften sein; ein Prozeß, der zur Erklärung der überdurchschnittlichen, etappenweisen Abwanderung von der SPD, die schon bei der Bundtagswahl 1976 einsetzt, herangezogen werden könnte.

¹⁰ Die Segmentationsforschung stellt ein neues theoretisches Erklärungsmuster über die Funktionsweise des Arbeitsmarktes dar. Sie versteht sich gleichermaßen als Kritik keynsianischer und neoklassischer Modelltheorien.

¹¹ Schumann und Wittmann bemerken hierzu: „Diesem Gefühl der Ohnmacht entspricht die allgemeine objektive Schwierigkeit, in Krisensituationen wirksame Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu entwickeln, - eine Handlungsblockade, der gegenwärtig die Arbeiterbewegung insgesamt unterliegt.“ Vgl. Schumann, Michael/Wittmann, Klaus Peter: „Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein?“, in: Frankfurter Hefte, Heft 4, 1977. Ähnlich sind auch die Ergebnisse von Kudara, Werner/Mangold, Werner/Ruff, Konrad/Wentzke, Theodor: „Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern - Eine empirische Untersuchung“, Frankfurt 1979, Seite 266 ff.

Ausgangspunkt der Segmentationstheorie ist die Spaltung des Arbeitsmarktes in zwei relativ fest gegeneinander abgeschottete Teilarbeitsmärkte. Hierbei entsteht einerseits ein „primäres“ Arbeitsmarktsegment mit Arbeitsplätzen, in denen hohe Löhne, große Beschäftigungssicherheit und gute Aufstiegschancen garantiert sind. Daneben bildet sich ein „sekundäres“ Arbeitsmarktsegment heraus mit niedrigen Löhnen, Beschäftigungsinstabilität und geringen bzw. keinen Aufstiegsmöglichkeiten.¹² Nimmt man statt der Gesamtwirtschaft den Betrieb als Bezugspunkt, so ergibt sich eine Segmentierung in einen „internen“ und einen „externen“ Arbeitsmarkt und eine entsprechende Trennung in stabil beschäftigte Stamm- und fluktuierende Randbelegschaften.

Für diese Arbeitsmarktsegmentation lassen sich drei Bedingungen voneinander unterscheiden: a) das Interesse der Betriebe an der dauerhaften Nutzung kostspieliger betriebspezifischer Qualifikationen, die große Teile der Stammarbeiter erworben haben;¹³ b) die strategische Möglichkeit von Großbetrieben, aufgrund entsprechender Marktmacht relativ konjunkturunabhängige Segmente der Nachfrage zu besetzen;¹⁴ c) die Abschottung interner Arbeitsmärkte durch die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer bzw. durch die Gewerkschaft.¹⁵

Die Zuweisung einzelner Arbeitnehmer zu den jeweiligen Arbeitsmarktsegmenten kann mit Hilfe von drei Faktoren erklärt werden: a) der Grad der Erwerbsbindung; b) die Trainierbarkeit; c) die besonderen Machtressourcen bestimmter Arbeitnehmergruppen. Eine wichtige Rolle bei diesen Zuweisungsprozessen spielen auch bestimmte feststehende Merkmale, wie z. B. Alter, Geschlecht, Behinderung, nach denen die Arbeitgeber den Selektionsprozeß steuern, um auf diese Weise eine Verminderung von Kosten und Unsicherheit zu erreichen.

Aufgrund dieser Zuweisungsmechanismen und der genannten weiteren Merkmale kann man die Angehörigen des primären Arbeitsmarktsegments wie folgt beschreiben: männliche Facharbeiter in Mittel- und Großbetrieben in mittleren Jahren (25 Jahre und älter), die Mitglieder einer Gewerkschaft sind.

12 Grundlegend zur Segmentationstheorie in der Bundesrepublik siehe Freiburghaus, Dieter/Schmid. Günther: „Theorie der Segmentierung von Arbeitsmärkten“, in: Leviathan, Heft 3, 1975 und Brinkmann, Christian u.a. (Hrsg.) „Arbeitsmarktsegmentation -Theorie und Therapie im Lichte der empirischen Befunde“, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Band 33, Nürnberg 1979.

13 Dieser Ansatz wird in der Bundesrepublik vor allem vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung in München vertreten. Siehe hierzu z.B., Sengenberger, Werner: „Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit - auch ein Strukturproblem des Arbeitsmarktes“, Frankfurt 1978 und derselbe (Hrsg.): „Der gesplattene Arbeitsmarkt - Probleme der Arbeitsmarktsegmentationen“, Frankfurt 1978.

14 Siehe hierzu, Averitt, Robert T.: „The Dual Economy. The Dynamics of American Industry Structure“, New York 1968.

15 So unter anderem Heinze, Rolf/Hinrich, Karl/Offe, Claus/Olk, Thomas: „Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6, 1981, Seite 342 ff.

Der Randbelegschaft werden folgende Gruppen zugeordnet: erwerbstätige Frauen, jüngere Männer, Männer in Kleinbetrieben sowie die an- und ungelernen Arbeiter in Mittel- und Großbetrieben.

Die empirischen Ergebnisse aus der Arbeitsmarktforschung, wie sie beispielsweise bei Brinkmann (1979)¹⁶ und bei Hofemann/Schmitt (1980)¹⁷ zu finden sind, deuten darauf hin, daß die Stammarbeiter die Krisen in den Jahren 1966/67 und 1974/75 relativ gut überstanden haben. Hieraus konnte diese der SPD stark verbundene Arbeitergruppe in Hinsicht auf ihre eigene soziale Lage eine relative Existenzsicherheit ableiten. Entsprechend positiv wurden die eigene Beschäftigungssituation und die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage eingeschätzt. Vor der Bundestagswahl 1976 glaubten die Stammarbeiter in geringerem Maße an die Möglichkeit des Arbeitsplatzverlustes (Index: „geringer“ minus „größer“ = + 31).¹⁸ Demgegenüber betrug der vergleichbare Wert bei der Randbelegschaft + 21. Bei der Einschätzung der zukünftigen privaten wirtschaftlichen Entwicklung ergab sich ein ähnliches Bild:¹⁹ Einem Indexwert von + 26 („verbessern“ minus „verschlechtern“) bei den Stammarbeitern stand ein Wert von + 14 bei den Randbelegschaften gegenüber.

Aufgrund der relativ optimistischen Grundstimmung zielten die Hauptforderungen an die Wirtschaftspolitik 1976 bei beiden Gruppen auf „Preisstabilität“ und „Einkommenserhöhung“ und nicht so stark auf „Arbeitsplatzsicherheit“.²⁰ Da die Stammarbeiter ihre eigene ökonomische und soziale Lage trotz der allgemeinen Krise als relativ sicher und im Vergleich zu anderen Gruppen als herausgehoben erlebten, gab es für sie keinen Anlaß, sich in ihrem politischen Verhalten aus ihren traditionellen Bindungen zu begeben. Die Sozialdemokraten konnten in dieser Gruppe 1976 einen klaren Vorsprung von + 45 bei der Bundestagswahlabsicht vor den Unionsparteien erreichen. Anders war es bei den Rangbelegschaften, wo bereits die Auswirkungen der Krise 1974/75 die Erfahrung vermittelt hatten, in welchem Maße die eigene soziale Lage von ökonomischen Krisen abhängig war. Unter diesen Bedingungen sprachen sich 42 Prozent für die Union und 35 Prozent für die Sozialdemokraten aus (Indexwert: -7).

16 Brinkmann, Christian u. a., a. a. O., 1979 insbesondere Seite 205 bis 284.

17 Hofemann, Klaus/Schmitt, Renate: „Arbeitsmarktsegmentationen - die Karriere eines Konzeptes -“, in: WSI-Mitteilungen, Heft 1, 1980.

18 Die entsprechende Frage lautet: „Meinen Sie, daß die Möglichkeit Ihren Arbeitsplatz (den des Hauptverdieners) zu verlieren, im Laufe des nächsten Jahres größer, geringer oder gleich groß sein wird wie heute?“

19 Die Fragestellung lautet: „Rechnen Sie damit, daß sich Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern werden?“

20 Die Frage wurde wie folgt gestellt: „Nehmen wir einmal an, Sie wären Wirtschaftsminister und könnten die Ziele der Wirtschaftspolitik bestimmen. Für eines der drei folgenden Ziele müßten Sie sich entscheiden. Was würden Sie als das wichtigste ansehen?“ A. Einkommenserhöhung, B. Preisstabilität, C. Arbeitsplatzsicherheit

1983 hatte sich die Situation entscheidend verändert. Die Sozialdemokraten waren zwar bei den Stammarbeitern immer noch vorne, doch ihr Vorsprung von + 45 vor den Unionsparteien hatte sich gegenüber 1976 um über ein Drittel auf + 26 reduziert. Anders das Ergebnis bei den Randbelegschaften: Hier hat sich gegenüber 1976 nichts verändert, da der Indexwert mit - 7 konstant geblieben ist.

Zur Erklärung dieser starken Veränderung bei den Stammarbeitern läßt sich das Konzept der „relativen Deprivation“ heranziehen. Danach war die Erwartungshaltung dieser Gruppe aufgrund ihres privilegierten Stammarbeiterstatus stark auf eine positive Fortentwicklung der eigenen sozialen Lage ausgerichtet. Die tatsächliche eigene Arbeitsplatzgefährdung bzw. die Wahrnehmung, daß Stammebelegschaften anderer Firmen (z. B. AEG, Stahl- und Werftindustrie) bzw. Mitglieder der Stammebelegschaft der eigenen Firma von Arbeitslosigkeit bedroht bzw. betroffen wurden, hat zu einem tiefen Vertrauensverlust geführt. Der subjektive Vertrauensverlust mag hierbei in vielen Fällen größer sein als die tatsächliche objektive Veränderung bzw. eigene Betroffenheit.

Für diese These spricht der überproportionale Rückgang der optimistischen Grundstimmung. Dies zeigt sich am stärksten bei der Einschätzung eines möglichen Arbeitsplatzverlustes. Betrug der Indexwert 1976 bei den Stammarbeitern noch + 31, so wird 1983 ein Wert von - 22 erreicht. Anders die Randbelegschaften: Die Richtung der Entwicklung ist zwar die gleiche, von + 21 (1976) auf + 4 (1983), jedoch ist die größere Dynamik der Entwicklung bei den Stammarbeitern nicht zu übersehen.

Parallel dazu verläuft die Entwicklung bei der privaten Wirtschaftserwartung. Bei der Randbelegschaft ist eine Verschlechterung des Index von +14 (1976) auf -4 (1983) zu beobachten. Die Stammarbeiter sind 1983 noch pessimistischer. Ihr Indexwert beträgt nun -9, nachdem er 1976 noch bei +26 gelegen hatte. Dieser Stimmungswandel führt auch zu einer verstärkten Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit gegenüber dem Staat. 1983 setzen 86 Prozent der Stamm- und 79 Prozent der Randbelegschaften die Priorität auf Arbeitsplatzsicherheit.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß es der CDU/CSU bei der Bundestagswahl am 6. März gelungen ist, tief in bisherige SPD-Bereiche vorzudringen. Die Rückkehr der bürgerlichen Anti-Strauß-Wähler und die Zuwanderung von Arbeitern haben der Union 1983 in ähnlicher Weise ein pluralistisches Wählerprofil verschafft, wie es die SPD auf der anderen Seite des politischen Spektrums 1972 aufgewiesen hat. Ob es der Union gelingt, die ihr sozio-

logisch eher fremden Schichten der Arbeiterschaft dauerhaft zu binden, stellt auf dem Hintergrund der pessimistischen Wirtschaftsprognosen für die achtziger Jahre eine große Herausforderung für die CDU/CSU dar.

Die kurzfristige Enttäuschung über den bislang am Arbeitsmarkt vorbeilaufenden Aufschwung, die Verfestigung der relativen Verschlechterung in der Lage der Stammarbeiter und die Umverteilung von „unten“ nach „oben“ könnte die Bindung der Arbeiter an die Union bald wieder lockern. Ob dies zu einer erneuten Anbindung an die Sozialdemokraten führt, hängt wesentlich von deren personellem und inhaltlichem Politikangebot sowie der Überwindung der Kooperationskrise von SPD und Gewerkschaften ab.